



AFRIKA/BURUNDI - Bischöfe begrüßen die am 6. November unterzeichneten Rahmenvereinbarungen zwischen Burundi und dem Heiligen Stuhl

Bujumbura (Fidesdienst) – „Diese Vereinbarungen garantieren sozialen und religiösen Frieden im Land, da die katholischen Gläubigen und ihre Hirten ihre Erfordernisse vom Staat verstanden und geschützt sehen“, so die Bischöfe von Burundi in einer Verlautbarung zur Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zwischen dem burundischen Staat und dem Heiligen Stuhl, die dem Fidesdienst vorliegt. Am 6. November unterzeichneten der burundische Außenminister Laurent Kavakure und der Apostolische Nuntius in Burundi, Erzbischof Franco Coppola, dieses Abkommen.

Im Vorwort der Vereinbarungen wird daran erinnert, dass mit diesem Dokument ein juridischer Rahmen für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche geschaffen werden soll, der eine „harmonische Zusammenarbeit zum Wohl des burundischen Volkes ermöglicht.“ „Dies ist wichtig und dringlich im christlichsten Land Afrikas, in dem der Anteil der Katholiken 65% beträgt und der als erster Staat beim Heiligen Stuhl offiziell, seit dem 11. Februar 1963 offiziell vertreten war“, so die Bischöfe.

Die Bischöfe erinnern auch daran, dass die Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht immer gut waren und dass die Vereinbaren den Willen der Regierung unter Beweis stellen, „den demokratischen Prozess voranzubringen, der sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass Menschenrechte aber auch Partner, wie die katholische Kirche, respektiert werden.“ Durch die Schaffung eines präzisen juridischen Rahmens, so die Bischöfe, ermögliche der Staat, „die Tätigkeit religiöser Orden, die andernfalls nur ungern in Schulen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen investieren, wenn es im Land keine Garantie für den rechtlichen Schutz ihrer Einrichtungen gibt“.

Burundi gehört zu den ersten afrikanischen Staaten, die ein solches Abkommen mit dem Heiligen Stuhl unterzeichnen. Das Rahmenabkommen ist Grundlage für spezifische Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Entwicklung. (LM) (Fidesdienst, 07/11/2011)